

Halleische Zeitung

norm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

Nummer 57.

Halle, Mittwoch, 7. März 1888.

180. Jahrgang.

Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Halleische Zeitung wird in erster Ausgabe Morgens 1 1/4 Uhr, in zweiter Ausgabe Abend 6 Uhr.

Interessante Neuigkeiten für die hallesche Zeitung. Halle oder deren Umgebungen nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Inseratpreise nach den üblichen Regeln der Redaktion. Preis pro Zeile 40 Pf.

Die finanziellen Forderungen der evangelischen Kirche im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Art und Weise, wie die königliche Staatsregierung am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus zu den Anträgen v. Hammerstein zum Kultusrat Stellung genommen hat, kann nur als eine schmerzliche Enttäuschung bezeichnet werden. Wir müssen auch offen gestehen, daß wir kein Verständnis für diese Haltung haben. Gerade denjenigen, welche die Bewusstseinsbildung der auf die Verfassung der evangelischen Kirche bezüglichen vorjährigen Anträge des Freiherrn v. Hammerstein nicht für einen Gewinn für diese Kirche und ihr harmonisches Verhältnis zum Staate halten, muß es als ein Räthsel erscheinen, wie die Königl. Staatsregierung die sehr starke, durch diese Anträge repräsentirte Stimmung zum Rücktritt bringen will, wenn sie nicht mit voller Wärme sich die Förderung der evangelischen Kirche in ihren Arbeitsaufgaben angelegen sein läßt und den Beweis führt, daß eine ungleich nachhaltigere Entwicklung des inneren Lebens dieser Kirche, als sie bisher zu beobachten war und wie sie durch die Reimstände erfordert wird, in dem gegenwärtigen Abhängigkeitsverhältnis der Kirche zum Staat wirklich möglich ist. Von diesem guten Willen, die evangelische Kirche in ihren sachlichen Aufgaben zu fördern, gehen doch über 140000 Mark zur Einrichtung von Vikariaten und 744000 Mark zur Aufrechterhaltung des Dienstpersonals der Geistlichen, zumal letztere Summe bei der geringfügigen Verbesserung der katholischen lutherischen und evangelischen Kirchen nach dieser Seite hinüberzuführen wird, einen gar zu dürftigen Beweis. Und unglücklicherweise setzte den Ausführungen des Ministers v. Gossler auch jedes Moment etwa in der Wärme des Tages oder in dem Ausdruck des Wohlwollens für die evangelische Kirche, welches über das Defizit der materiellen Leistung für diese Kirche allenfalls hätte hinwegsetzen können. Wir können den Eindruck wirklich nicht anders als einen peinlichen bezeichnen, wenn der Minister sich bemühte, alle möglichen, auch die entlegenen Gründe zusammenzufassen, warum der Staat sein Verprechen, die Kirche für die Ausfälle, die sie durch Einführung des Civilstandsgesetzes erlitten hat, zu entschädigen, im Stich lassen müßte, während ein nach Ansicht aller Theilnehmer praktikabler Weg, diese moralische und geistliche Verpflichtung einzulösen, von den Snobden, der Generalinspektion und dem Oberkirchenrat in Vorschlag gebracht ist, auch, wie man hört, die Billigung Sr. Majestät gefunden hat, und der Staat, wie Herr v. Rauchhaupt richtig bemerkte, trotz sein müßte, durch Adoption dieses Vorschlages die ganze Schwierigkeit los zu werden. Es beruhte auch ebensovienig überzeugend, wenn der Minister zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung sich auf die unangänglichen Mittel des gegenwärtigen Etats und den Zweifel, ob ein zukünftiger Etat den erforderlichen Ueberschuß gewähren würde, zurückzog. Für die Befestigung krennender kirchlicher Bedürfnisse, wie sie sich in Folge der von Herrn v. Rauchhaupt hervorgehobenen Thatdache, daß die Aufwendungen für die Kirche seit 30 Jahren keineswegs proportional mit den sonstigen Aufwendungen und Mitteln des Staates gewachsen sind, in einer allseitig anerkannten Weise entwickelt haben, sollte eine der Bedeutung der Religion für unser Volkstheile sich bewußte Regierung immer Mittel übrig haben und dieser Gesichtspunkt namentlich von dem Kultusminister mit nachdrücklicher Energie vertreten werden. Wir wollen bekanntlich auch nach dem diesjährigen Schlußhaushaltplan 8 Millionen zur extraordinaryren Schuldenaufnahme verwenden, und über die Dringlichkeit der Nothwendigkeit der Befestigung des Schuldenlozes sind die Ansichten ebenfalls getheilt.

festgelegt werden und in deren Verwendung in einzelnen die Kirche an die Genehmigung bezug, das Veto der Staatsregierung gebunden ist — denn in dieser Auffassung der Grundzüge der Disposition über den Dotationsfonds waren die Abg. Stöcker und v. Rauchhaupt völlig mit einander einverstanden — ist nicht nur an sich korrekt, sondern giebt auch dem Staat Anlaß, was er billiger Weise verlangen kann.

Politische Mittheilungen.

\* Der Kaiser leidet, wie mitgetheilt, an einem leichten Erkältungszustande, wodurch der Monarch voraussichtlich genöthigt sein wird, auf einige Tage das Zimmer zu hüten. Vormittags nahm der Kaiser einige Rittwege entgegen und arbeitete Nachmittags einige Zeit mit dem Chef des Civil-Kabinetts. — Nach dem „Dsch. Ztbl.“ ist der Kaiser wieder an seinem alten Nierenleiden erkrankt, so daß er wegen der Heftigkeit des Aufstretens dieser höchst schmerzhaften Krankheit gezwungen ist, das Bett zu hüten. — Nach der „Berl. Börsen-Ztg.“ ist, da, um den Kaiser so viel als möglich von Schmerzen zu befreien, stets Morphinum-Einreibungen angewendet werden müssen, die regelmäßig Verarmungsstörungen im Gefolge haben, vorauszusetzen, daß das Uebelsein vor Mitte nächster Woche nicht vollständig behoben sein wird.

\* Prof. Waldeyer traf am Sonnabend Abend in San Remo ein. Er mußte vor Beginn der Unterredung sein Ehrenwort geben, die Ergebnisse derselben Niemand mitzutheilen. Prof. Waldeyer arbeitete Sonntag und Montag an der Unterredung des neuen Kaiserworts des Kronprinzen. Nach dem „Berl. Vorl.-Cour.“ soll der Kaiserworts dreier auf einander folgender Tage unterjert werden. Prof. Waldeyer soll nach einigen Redungen am Montag, nach anderen erst Dienstag, von San Remo abreisen.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Heute darf man es wohl verathen, daß Waldeyer der Pathologie war, von welchem nach der Konstitution von San Remo in der „Neuen Freien Presse“ mitgetheilt wurde, daß er die Vererbung von Kliniten, wie Kufmann, Wilroth, Bergmann, angeregt wissen wolle, damit man nicht gleich fatalistisch dem Dämon Krebs gegenüber die Hände in den Schoß lege. Allerdings hat Waldeyer damals seinen Eindruck, nach den Berichten der Blätter wenigstens, dahin zusammengefaßt, daß kein Erfahrungen nach eine Krankheit, welche derartige Rezidive mache und solche Erscheinungen darbiete, nur Carcinom sein könne. Allein er hielt eine rasche Unterredung durch Kliniten, welche in jeder Sache noch kein Urtheil gesprochen hätten, für geboten, damit diese, wenn auch keine Präsen-Erfahrungen vorlägen, doch nach einer Rational-Operation bekräftigt sollten. Der damals in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Rede wurde keine Folge gegeben und Professor Kufmann erst vier Monate später berufen.

\* Die Kronprinzessin schickte nach einem Telegramme des „N. A.“ aus Paris vom Sonntag ein Telegramm nach London, in dem sie wörtlich sagt: Die Hoffnung kehrt wieder! Gott sei Dank! Der in Paris eingetroffene Prinz von Wales äußerte hier, daß ärztliche Kunst und gute Pflege eine große Besserung herbeiführt hätten. Sein Wunsch in San Remo habe der Kronprinzessin neuen Muthe eingebläht.

\* Prinz Wilhelm ist Montag früh 9 Uhr aus San Remo abgereist und wird Mittwoch früh in Berlin zurück erwartet. Er verabschiedete sich Montag Morgen von Vater und Großvätern in der Villa Jirio, von der Kronprinzessin vor dem Portale des Hotels Méditerranée, wo dieselbe ihn längere Zeit erwartete und ein letztes Gespräch mit ihm hatte. Prinz Heinrich, der Großherzog von Hessen, Graf Adolfski etc. begleiteten den Prinzen Wilhelm zum Bahnhofe, wo sich der deutsche Botschafter, der Unterpräsident und der Bürgermeister eingefunden hatten. Nachdem er alle freundlich begrüßt hatte, verweilte Prinz Wilhelm, der erst ausnahmsweise, bis zur Einbringung des habsburgischen Schloßganges im vertraulichen Gespräch mit Graf Adolfski auf dem Balkon. Prinz Heinrich umarmte ihn nochmals im Waggon.

\* Das amtliche Resultat der Reichstagsersatzwahl im siebenen Wahlkreise des Wahlbezirks Stettin (Greifenberg-Kammin) ergiebt: Am Stimmzettel wurden abgegeben 10972 St., davon entfallen 5597 St. auf den Stadtmittelschul von Stettin Dr. Kohli (Deutsch-Freih.), und 5375 St. auf den Major a. D. v. Köller zu Döll (Deutsch-Freih.). Der Erstere ist mitteln gewählt.

Ueber sogen. Landfragen im preussischen Osten“ veröffentlicht Prof. Conrad in seinen „Nachrichten für Nationalist.“ u. a. folgende Mittheilungen. In der östlichen Provinz Preussens gibt es 150 Bezirke, welche einen Vorkonsum von mehr als 500000 Mark Fläche besitzen. Abgesehen von der größten derselben, dem preussischen Pommern, verfallen dieselben über 770 pCt. des Ackerbau der Provinzen; von der Uebersicht über die 471 pCt., weil in diesem Bezirke der Wald (1752 pCt.) eine überwiegende Rolle spielt. Unter den Bezirken finden sich 15 Gouverne und 11 Bezirke der louverable Güter, ferner zwei Erwerbsgesellschaften (die Wausfelder Gemeinlichkeit und die Berliner Dienstleistungsgesellschaft), die louverable Güter, 6 Städte und der Braunsfelde, die louverable Güter, 100 gehören louverable Gütern und alten Juristen und Grundbesitzern an und auch von den übrigen zählen die meisten zu jenen Arbeitslosen, die seit Jahrhunderten mit der preussischen Geschichte verwebt sind. Die 20 größten Privatbesitzer haben 688 Güter mit 688000 Hektaren und mehr als 4 Millionen Mark Grundbesitzvermögen in der Hand. Auf der Spitze steht der Fürst Bismarck mit 83 Gütern, 87000 Hektaren Land, mit mehr als 350000 Mark Grundbesitzvermögen; es folgen der Herzog v. Ratibor, Reichsgraf von Scharfhausen, Prinz Friedrich der Niederlande, Fürst Thurn und Taxis u. a. Unter den Besitzern befinden sich auch 16 Polen mit mehr als 115000 Hektar, so daß dieselben unter unvater hohen Grundbesitzvermögen eine ganz hervorragende Stellung einnehmen. Es erzieht sich ferner, daß über 1/4 Millionen Hektar des Ackerfeldes in der Provinz sich befinden, die dem Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Privatbesitz z. sich 23 pCt. in gebrauchtem Zustande befinden.

Schweiz. In einer Verhandlung des geistlichen Artikels der Nord. Allg. Ztg.“ bezüglich des von dem „Vorwärts“ abgedruckten Pamphlets, vermahnen sich die „Baseler Nachrichten“ dagegen, daß das Pamphlet als öffentliche Befundung der in der Schweiz gegenüber Deutschland herrschenden Meinung betrachtet werde. Jenes Gedicht für die Baseler Presse erst durch den Vorwärts „Oberländer Voten“ bekannt geworden; selbst die Baseler Polizei habe das Gedicht erst auf diesem Wege kennen gelernt. Dies beweise genügend, daß es nur in wenigen Exemplaren verbreitet worden, da ein Baseler Bürger fast die ganze Auflage verbrannt habe. Solange keine Klage eingereicht, könne die Staatsmacht nicht gegen die Drucker vorgehen, ebensowenig könne der Bundesrath eine Unterredung einleiten, so lange von answärts kein Kläger aufträte. Was die freundschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Deutschland betreffe, so beruhen dieselben auf Verhältnissen zu ernster und entscheidender Natur, als daß sie durch triviale Mittel jemals gestört werden könnten.

Italien. Der Deputirte Sonnino Sibony gebachte in der Deputirtenkammer der Krankheit des deutschen Kronprinzen und erklärte, die italienische Nation verfolge mit uninger Theilnahme die von dem Kronprinzen, dem Gatte Italiens und dessen aufrichtigem Freunde, mit solcher Energie ertragenen Leiden. Er sei überzeugt, daß die Kammer damit einverstanden sein werde, dem Kronprinzen, der Kronprinzessin und den kaiserlichen Majestäten, sowie dem ganzen deutschen Reich im Namen der ganzen italienischen Nation ihre innigste Theilnahme und herzlichsten Wünsche für die Wiederherstellung des Kronprinzen auszusprechen. (Cavalotti Beifall). Der Ministerpräsident Crispi Schloß sich den Ausführungen des Redners an und erklärte, Italien entbiete seinen erlauchten Gäste, dem Freunde seines Königs, die besten Grüße und wünsche, daß er seine volle Gesundheit wiedererlange und dergleichen das mächtige deutsche Reich regieren möge. Die Kammer spreche dem erhabenen Kranken ihre innigste Sympathie und tiefe Ergebenheit aus. (Cavalotti allseitige Zustimmung.) — Der Präsident der Kammer erklärte hierauf, obwohl die Kammer einstimmig für den Antrag Sonnino zu sein scheine, müsse er doch darüber abstimmen lassen. Die Kammer nahm den Antrag einstimmig an.

Spanien. Den Bernehmen nach hat der Senatspräsident Garcia die Bildung des Cabinets übergeben und Bratiano um Zustimmung ersucht, die derselbe zugiebt. Ecuador. Der Politische Correspondent wird aus Quito über die Wahlen zur Constitucion gemeldet, daß die Wahlstimmen auf die Guayana 12 und auf Guandabato, die keine Vertretung anwärtigen, 7 Mandate gefallen seien, Auswärtig seien nur 6 Wahlen.

USA. Am Sonntag fand in New-York ein Meeting von Wallachstein Allen in Pens-York an welchem die Republikaner in Mass. und die Republikaner in Chicago-Burlington-Danvers-Gibsonville zu unterstützen, auch wenn der Eisenbahnverkehr im ganzen Lande darunter leiden sollte. Während des Monats Februar cr. sind in Buenos Aires 276300 Dollars im 20. Century an der Hand eingetroffen. Die Einkünfte betragen während desselben Monats 2764000 Dollars für Buenos-Ayres und 353900 Dollars für Montevideo.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 5. März. Präsident v. Bodelschwingh eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Beratung des Antrages Anshaus wegen Beilegung des Reichsansehens.

Vertical text on the left margin, including page numbers and other markings.

Vertical text on the right margin, including page numbers and other markings.





